

# Griechenland wird Kolonie

## EU-Finanzminister wollen Hellas unter Zwangsverwaltung stellen. Gipfeltreffen der Euro-Gruppe tagt in Brüssel. Proteste in Athen

Griechenland soll nach den Vorstellungen der EU-Finanzminister de facto einer Kolonialherrschaft der Troika unterworfen werden. Das geht aus dem Forderungskatalog hervor, mit dem die Minister am Sonntag das Kürzungspaket beantwortet haben, das die griechische Regierung am Freitag vorgelegt hatte. Das Papier stellt eine weitere Verschärfung der Streichungen und »Reformen« dar, die Athen angeboten hatte, und ist verbunden mit einem Ultimatum.

Wie die Nachrichtenagentur *AFP* berichtete, muss Ministerpräsident Alexis Tsipras demnach vom Parlament noch in dieser Woche eine generelle Zustimmung zum kompletten Programm einholen. Bis Mittwoch müssen die Abgeordneten bereits eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, eine Einleitung der Rentenreform, eine Justizreform zur Beschleunigung der Verfahren und damit einer Kostensenkung, die Gewährleistung der Unabhängigkeit des nationalen Statistikamts sowie eine quasi-automatische Ausgabenkürzungen bei Nichterreichen der Kürzungsziele beschließen. Bis Ende der Woche wird zudem die Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Banken gefordert, wonach zuerst deren Eigentümer und Gläubiger die Verluste tragen müssen und erst danach ein von der gesamten Bankenindustrie finanzierter Abwicklungsfonds.

Erst nach Erfüllung dieses Ultimatums soll die Troika von Europäischer Zentralbank (EZB), Internationalem Währungsfonds (IWF) und EU-Kommission beauftragt werden, das Dreijahresprogramm mit neuen Krediten im Einzelnen auszuhandeln. Schon jetzt haben die EU-Minister dafür weitere Auflagen festgelegt. So soll bis Oktober eine Rentenreform zur schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre beschlossen werden. Zu den Vorgaben gehören außerdem die Öffnung von Produktmärkten, Handel und geschlossenen Berufsgruppen, darunter das Fährgeschäft, Privatisierungen im Energiesektor, die Fortführung der »Arbeitsmarktreform«, eine Finanzmarktreform, die der Gefahr durch faule Kredite bei den Banken begegnen soll, die Verabschiedung einer Verwaltungsreform unter EU-Aufsicht sowie eine Beschleunigung der Privatisierungen.

Eine von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) geforderte Überführung von Staatsvermögen in einen Fonds unter Aufsicht der EU, mit dessen Einnahmen Schulden abgebaut werden sollen, steht in den »Empfehlungen« in eckigen Klammern.

Die Kontrolle durch die Troika wird ausgeweitet: Griechenland muss dem Papier zufolge nicht nur sicherstellen, dass deren Vertreter Zugang zu den Ministerien erhalten. Die Aufpasser von EU, IWF und EZB sollen überdies die relevanten Gesetzentwürfe absegnen, bevor diese im Parlament verhandelt werden.

Eine Gegenleistung gibt es praktisch nicht. Der von Athen wiederholt geforderte Schuldenerlass wird von der Eurogruppe nicht in Aussicht gestellt. In eckigen Klammern heißt es nur, es sei eine weitere Verlängerung der Rückzahlungsfristen für die Kredite möglich. Der Text der Euro-Gruppe schließt mit der Warnung: »Falls keine Einigung erreicht werden konnte, sollten Griechenland rasche Verhandlungen über eine Auszeit von der Eurozone angeboten werden, mit einer möglichen Umstrukturierung von Schulden.«

Der frühere griechische Finanzminister Gianis Varoufakis hatte am Freitag über den Internetdienst Twitter gefordert, dass es ohne Zugeständnisse an Athen in Brüssel keine Einigung geben dürfe: »Umstrukturierung der Schulden oder kein Abkommen! Das sage ich zumindest.« Am selben Tag hatte er im britischen *Guardian* einen Artikel veröffentlicht, in dem er Bundesfinanzminister Schäuble vorwarf, Griechenland gezielt aus dem Euro werfen zu wollen: »Auf der Grundlage monatelanger Verhandlungen bin ich davon überzeugt, dass der deutsche Finanzminister will, dass Griechenland aus der Währungsunion herausgedrängt wird, um den Franzosen das Fürchten zu lehren und sie zu zwingen, sich seinem Modell einer Eurozone zu unterwerfen, in der strenge Disziplin herrscht.«

Regierungsvertreter in Athen bezeichneten den Forderungskatalog der EU-Finanzminister als »monströs«. Trotzdem wolle

Athen weiterhin »Lösungen finden«. »Ich bin bereit zu einem ehrlichen Kompromiss«, sagte Tsipras. »Das schulden wir den Menschen Europas, die vereint und nicht gespalten sein wollen.« Man könne heute ein Abkommen erreichen, »wenn alle Seiten es wollen«. Griechenland könne einen verzögerten Beginn von Verhandlungen über ein neues Rettungspaket angesichts seiner prekären Finanzlage allerdings nicht verkraften, hieß es aus griechischen Regierungskreisen weiter.

Eine endgültige Verabschiedung der »Vorschläge« der Finanzminister ist dem Gipfeltreffen der Euro-Gruppe vorbehalten, das am Abend in Brüssel begann. EU-Ratspräsident Donald Tusk unterbrach das Treffen nach weniger als zwei Stunden, damit in kleineren Runden nach Kompromissen gesucht werden konnte. Merkel beriet daraufhin mit Tsipras sowie dem französischen Präsidenten François Hollande und Tusk in einer Viererrunde. Zugleich sorgte die auf Initiative Schäubles in das Papier aufgenommene Ausschlussdrohung für Aufregung. »Wenn Deutschland es auf einen Grexit anlegt, provoziert es einen tiefgreifenden Konflikt mit Frankreich. Das wäre eine Katastrophe für Europa«, warnte Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn in der *Süddeutschen Zeitung*. Eine Spaltung der EU in Nord und Süd müsse unbedingt verhindert werden.

Unterdessen kündigte Moskau Unterstützung für Griechenland an. Man werde den Wiederaufbau der Wirtschaft durch eine Kooperation im Energiesektor unterstützen, sagte Energieminister Alexander Nowak am Sonntag. Dazu würden direkte Energielieferungen für Athen gehören, die in Kürze beginnen könnten, hieß es.

Vor dem Parlament in Athen demonstrierten am Abend erneut Hunderte Menschen gegen weitere Kürzungen.

**(AFP/dpa/ANA-MPA/TASS/jW)**

*»Die Bundesregierung, allen voran Schäuble, und die EURO-Gruppe wollen die linke Regierung in Griechenland stürzen. Nichts anderes haben diese »Verhandlungen« zum Ziel. Früher wurden Militärputsche unterstützt, so einfach geht das nicht mehr, zumindest nicht in Griechenland. Heute spricht man von »Vertrauen zurückgewinnen«, aber das Ziel bleibt das gleiche: eine demokratisch gewählte Regierung zu Fall zu bringen mit perfiden Methoden des Aushungerns. Hier zeigt der Kapitalismus sein wahres Gesicht: allen, die sich diesem System widersetzen, wird das gleiche widerfahren, ist die eigentliche Botschaft ! Unsere Botschaft muss heissen: Weg mit dieser kapitalistischen EU, ihr Weg ist mit Leichen gepflastert, im Mittelmeer, in Griechenland, in...«*

MdB Heike Hänsel (Die Linke) bei Facebook

---

<http://www.jungewelt.de/2015/07-13/063.php>